



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

R/XIII/93 - 24. April 1958

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21891 - 33
Fernschreiber 0996890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Der Ratschlag des NATO-Generalsekretärs Es soll bei Aufrüstung und deutscher Teilung bleiben	44
2	So schnell ändern sich die Zeiten! Tito ist wieder "hoffähig"	36
3	Der Anschlag auf die Evangelische Kirche Gefahr für die einzig noch bestehende gesamtdeutsche Institution	43
4	Die Ermordeten sind schuldig Zum Freispruch im Prozeß gegen "Standgericht Simon"	47
5	Ein Programm der Aufspaltung und Staatszerstörung Wengers Europabild - Kennzeichnende Selbstenthüllung	47
6 - 7	Halbfertige Speisen Eine nachahmenswerte Prager Einrichtung	72

* . * * *
* * *

Der Ratschlag des NATO-Generalsekretärs

ler - Der Generalsekretär der NATO, Poul Henry Spaak, hat es für notwendig gehalten, zu Beginn der grossen Bundestagsdebatte um die Höhe der Rüstungskosten Bonn mit seiner persönlichen Anwesenheit zu beehren. Spaak hielt dabei mit Ratschlägen an Bundesminister und an die deutsche Öffentlichkeit nicht zurück. Sie verraten weder Phantasie, noch Kühnheit zu neuen Konzeptionen, noch einen klar erkennbaren Willen, einer von Atomangst und Kriegsangst geschüttelten Welt Wege zur Entspannung und zum Frieden aufzuzeigen. Während der amerikanische Aussenminister Dulles, gewiss kein Freund einer elastischen Politik, auf einem Empfang des amerikanischen Verbandes der Militärgeistlichen seine Nation davor warnte, sich nicht auf ein Wettwüsten einzulassen, als wäre es "ein gutes und erstrebenswertes Ziel, die grösste Militärmacht der Welt zu sein", empfahl Poul Henry Spaak die Ausattung der deutschen Bundeswehr mit den modernsten Waffen, worunter natürlich und in erster Linie die Atomwaffen fallen.

Der NATO-Generalsekretär ging noch weiter. Die Amerikaner sollen auf deutschem Boden verbleiben. Wer dies verlangt, billigt den Russen für das Gebiet, das unter ihrem Einfluss steht, nämlich Mitteldeutschland, das gleiche Recht zu. Wer dies will und dafür eintritt, muss auch die Aufrechterhaltung der deutschen und der europäischen Spaltung wollen. Aus diesem Kreislauf eines rein militärischen Denkens führt kein Weg hinaus. So nimmt es denn auch nicht wunder, wenn das Wort "Wiedervereinigung" im Sprachschatz Paul Henry Spaaks kaum vorkommt.

Gewiss kann sich der NATO-Generalsekretär bei dieser Sicht auf die volle Unterstützung der gegenwärtigen Bundesregierung berufen, aber gewiss nicht auf die Zustimmung vieler Politiker in der westlichen Welt. Die stärkste Kraft des demokratischen Sozialismus in Europa, die britische Labour-Party, vielleicht die Regierungspartei von morgen, beginnt sich von dieser Seite des NATO-Denkens zu lösen. Die Männer der britischen Labour-Party denken heute schon in den Notwendigkeiten des Morgen. Zu diesem Morgen gehört: Soll es nicht zu einem tödlichen Zusammenprall der beiden Weltmächte kommen, oder soll die Welt nicht in den Abgrund der Atom-Anarchie stürzen, dann bleibt die Schaffung von atomfreien Zonen in Europa und die Begrenzung der über Atomwaffen verfügbaren Mächte auf die Vereinigten Staaten, Sowjetrussland und Grossbritannien das dringlichste Ziel der Gegenwarts politik. In einem zwischen der Sowjetunion und den USA zu vereinbarenden gleichwertigen Abzug von Truppen aus Mitteleuropa sieht die britische Labour-Party kein Unglück für die westliche Welt, sondern eine Vorbedingung für ihre Sicherheit und für den Frieden.

Es mag kein Zufall sein, dass die britischen Labour-Führer es gerade in diesen Tagen für geboten hielten, ihre Vorstellungen über Entspannung und eine Lösung der Deutschlandfrage so genau zu präzisieren, wie es zuvor noch nie geschah. Sie lassen sich mit dem politischen Weltbild Paul Henry Spaaks nicht vereinbaren.

So schnell ändern sich die Zeiten!

sp - Seit einigen Tagen ist Jugoslawiens Staatspräsident Tito wieder einmal der Star des größten Teils der westlichen Presse. So schnell ändern sich die Zeiten!

Vor einigen Monaten, ja, noch vor weni en Wochen, hieß es allenthalben, der "alte Kommunist Tito" kehre wieder in den Schoß Moskaus zurück. Englische, französische, westdeutsche und zum Teil auch amerikanische Zeitungen wollten wissen, Tito habe seine alte Liebe zu Moskau wieder entdeckt und sei im Begriff, Ostblockpolitik zu machen. Als Jugoslawien gar die sogenannte DDR diplomatisch anerkannte und Bonn daraufhin die diplomatischen Beziehungen zu Belgrad abbrach, erschienen in vielen Zeitungen des Westens tiefgründige Betrachtungen über die angeblichen Hintergründe dieses Vorganges. Es wurde wieder einmal von den geheimnisvollen roten Mauern des Kreml gesprochen, hinter denen noch geheimnisvollere Sendboten Titos finstere Pläne ausheckten und dem sensationsbedürftigen Zeitungsleser wurden die tollsten Märchen serviert.

Daß Moskau nie darauf verzichtet hat und verzichten wird, auch Jugoslawien wieder in den Bereich seiner Machtpolitik zu ziehen, darf man als sicher unterstellen. Umgekehrt war dem Kenner jugoslawischer Verhältnisse jedoch bekannt, daß Titos politische Existenz und der Bestand Jugoslawiens als junger Nationalstaat nur gesichert sein würde, wenn Tito seine militärisch-neutrale Position zwischen den Machtblöcken beibehält. Alle anderen Vermutungen, die um diese Kernfrage der politischen Existenz Jugoslawiens herumgedichtet wurden, waren nichts weiter als der Ausfluß billiger Sensationsmache oder ganz primitiver Unkenntnis der politischen und ökonomischen Verhältnisse Jugoslawiens.

Auf dem Kongreß der jugoslawischen KP in Laibach hat sich Tito eindeutig zum "selbständigen Weg Jugoslawiens zum Sozialismus" bekannt. Er und andere Redner haben den Willen Jugoslawiens unterstrichen, militärisch neutral zu bleiben.

Und siehe da, jetzt ist Tito wieder der feine Mann, er ist wieder "hoffähig". Sein vermeintlicher Sündenfall wird ihm vergeben und dieselben Leute, die ihn noch vor kurzem verdamnten, rufen jetzt "Er lebe hoch!"

+ + +

Aus Anlaß dieses kleinen Kapitels der Gegenwartsgeschichte ist vielleicht die Frage erlaubt, ob es nicht sinnvoller wäre, wenn man sich in Zukunft die Berichterstattung über Vorgänge in den Staaten des europäischen Ostens nicht gar zu bequem machen würde.

+ + +

Der Anschlag auf die Evangelische Kirche

K.F.M., Berlin

Die Presse der Sowjetischen Besatzungszone, besonders die Tageszeitung der Sowjetzonen-CDU, "Neue Zeit", beschäftigt sich in den letzten Tagen überaus nachhaltig mit dem zwischen der Evangelischen Kirche Deutschlands und der Bundesrepublik abgeschlossenen Militärseelsorgevertrag. Dieser Vertragswerk wird wohl voraussichtlich in der kommenden Woche, während der dritten ordentlichen Tagung der Synode der EKD vom 26. - 30. April in Berlin, erneut - und zwar im Zusammenhang mit den vorliegenden Anträgen zur Atomfrage - Gegenstand der Beratungen sein.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die sowjetzonalen Behörden zu einem gezielten Schlag gegen diese einzige noch funktionierende gesamtdeutsche Institution ausgeholt haben. Die "Neue Zeit", wie auch die meisten anderen Blätter der Zone bringen in den Ausgaben vom 22. April an hervorragender Stelle ein sogenanntes "Rechtsgutachten", das das SED-Zentralkomitee von dem Direktor des Instituts für Staats- und Verwaltungsrecht an der "Karl-Marx"-Universität in Leipzig, Dr. jur. Ulrich Krüger, anfertigen liess.

In diesem Gutachten wird der Militärseelsorgevertrag als ein Bestandteil der aggressiven NATO-Militärpolitik bezeichnet. Er hänge dem "Angriffsplan gegen das Friedenslager" an.

Die Einrichtung von Militärseelsorgeverträgen, also einer organisierten Militärseelsorge, nach Art einer Militärkirche, sei sowohl in der Bundesrepublik, als auch in der sogenannten "DDR" verfassungsrechtlich unzulässig.

Man lässt dann die Katze aus dem Sack und spricht von dem Recht der Sowjetzonenbehörden, gegen den Vertrag zu protestieren und auch Sanktionen gegen seine Durchführung anzuwenden. Die Evangelische Kirche Deutschlands habe sich durch die Verbindung mit der Bundesrepublik und der NATO die Legitimation entzogen, für ihre Gliedkirche in der Sowjetischen Besatzungszone zu sprechen und zu handeln.

Angesichts der neuen, durch den Beschluss des Bundestages zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr entstandenen Situation, bleibt es abzuwarten, was die Vertreter der Evangelischen Kirche Deutschlands in der nächsten Woche in Berlin zu diesen offenbar bewusst im Organ der Zonen-CDU, also im offiziellen "christlichen Blatt" der Zone veröffentlichten Angriffen zu sagen haben. In diesem Zusammenhang erscheint es auch beachtenswert, dass es doch Repräsentanten der Evangelischen Kirche Deutschlands waren, die sich in der Bewegung gegen den Atomtod zu weit radikaleren Mitteln bekannten als beispielsweise die parlamentarische Opposition. Ganz offensichtlich ist es, dass man den Militärseelsorgevertrag zum Anlass nehmen will, die letzte noch intakte gesamtdeutsche Institution, die Evangelische Kirche Deutschlands, zu spalten.

Die Ermordeten sind schuldig

K.J. Im Vollgefühl ihrer Wohlanständigkeit sind die sechs Männer vom "Standgericht Simon" nach Hause gegangen. Sie waren beschuldigt worden, am 10. April 1945 im fränkischen Dörfchen Brettheim "aus Mordlust und anderen niedrigen Motiven drei Menschen getötet und Rechtsbeugungen vorgenommen zu haben" - aber das Nürnberger Schwurgericht sprach sie frei. War's also doch kein Tötungsdelikt? Schon, schon - aber die Angeklagten hatten letztlich doch wohl nur für "Ruhe und Ordnung" gesorgt, als sie die drei Brettheimer mit Drahtschlingen an die Bäume hängen ließen. Die Gelynchten hätten eben wohl doch nicht - wenn's auch fünf Minuten vor Zwölf war - die vier Hitlerjungen entwaffnen und davonjagen sollen...

Vom ersten Tage des Prozesses an war die Verteidigung gut im Zuge. Viel besser als beim Ansbacher Prozeß vor drei Jahren, der zum ersten Mal den später vom Bundesgerichtshof beanstandeten Freispruch brachte. Inzwischen haben wir ja wieder Soldaten und bald vielleicht sogar schon Atombomben. Da sieht alles anders aus, da macht sich alles besser. Damals boxten die Verteidiger noch mit dem "Notstand", unter dem ihre Mandanten gehandelt hätten - heute haben die Standgerichtler unter dem SS-General Simon nur rechtmäßig "Wehrkraftzersetzer" bestraft. Simon höchstpersönlich meinte schamlos, in einem neuen Kriege würde es ganz genau so sein. Und er glaubte sich dabei auf Aussprüche unseres Bundesaußenministers berufen zu können...

Natürlich hatte keiner der Angeklagten "das Recht gebeugt". Simon-Verteidiger Aschenauer ritt seine Attacken gegen die Anklage auf der soldatischen Ehrenhaftigkeit seines ritterkreuztragenden Mandanten. Eine Schweinerei, Soldaten dieses Ranges einen Mord unterstellen zu wollen, zu bezweifeln, daß sie einzig und allein für Volk und Vaterland kämpften! Mag vielleicht auch, so sagte Aschenauer, das Aufhängen der Brettheimer "unschön" gewesen sein - grausam war's gewiß nicht. Der Verteidiger des SS-Sturmabführers Gottschalk, Reisert, betonte das bartenpfändende Gemüt seines Mandanten, der - man höre nur! - in Untersuchungshaft sogar eigenhändig eine Sonate komponierte. Brettheim? Ach ja, "...im Vergleich zu den Greueln des Dreißigjährigen Krieges war die Brettheimer Hinrichtung ein gentleranlikes Verfahren." Und überhaupt seien die kriegsmüden Brettheimer Hoch- und Landesverräter gewesen, die man für ihre Verbrechen eben nur hätte hinrichten können.

Fazit: Nicht der Mörder - der Ermordete ist schuldig.

Resigniert meinte der Nürnberger Schwurgerichtsvorsitzende sinnge-
mäß, die Freigesprochenen sollten sich immerhin moralisch geohrfeigt
fühlen, weil ihnen eine Rechtsbeugung nur habe nicht formal nachgewie-
sen werden können. Nun, wir meinen: moralisch geohrfeigt wurde in Nürn-
berg die Demokratie, die mit den Verbrechen der Vergangenheit nicht
fertig wird - und manchmal auch gar nicht fertig werden will, weil die
Richter selbst mit ihr weitgehend belastet sind.

Am Rande vermerkt: Der zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilte
Ex-Feldmarschall Schörner will den Münchner Stadtrat verklagen, weil der
ihn, dem anerkannten "Heimkehrer", nicht die sonst übliche 100 DM
"Heimkehrer-Begrüßungsgabe" geben will.

Ein Programm der Aufspaltung und Staatszerstörung

sp - Die Delegierten des Landesverbandes Nordbaden der CDU, die am vergangenen Wochenende in Tauber-Bischofsheim ihren Landesparteitag abhielten, quittierten das Referat des Hauptredners Paul Wilhelm Wenger, Leitartikler des "Rheinischen Merkur" mit - wie ein Bericht vermerkt - grossem Beifall. Wozu klatschten sie Beifall, was liess ihre christ-demokratischen Unionsherzen höher schlagen?

Die Europakonzeption Wengers hatte es ihnen angetan. Worin besteht diese? In der dauernden Spaltung Deutschlands. Etwa so: Die Bundesrepublik verbleibt in der westeuropäischen Föderation und der NATO, Österreich geht in einen gemeinsam mit den südost-europäischen Staaten zu bildenden Donaubund auf, Mittel- und Ostdeutschland bilden mit dem vom Bolschewismus befreiten Polen eine Art östlicher Montan-Union. Dieses Schema, wie es nicht einmal die kühnsten Separatisten in Deutschlands dunkelsten Stunden zu hoffen, geschweige denn erst auszusprechen wagten, klingt aus dem Munde des CDU-Starjournalisten Wenger nicht ganz neu. Die ersten Umrisse dieses ungeheuerlichen und als wohlgezielter Dolchstoss gegen die deutsche Wiedervereinigung gerichteten Plans waren in einer vor fünf Jahren in Saarbrücken - Gastgeber der Saarseparatist Hoffmann - gehaltenen Rede des gleichen Mannes sichtbar geworden. Damals schon machte Wenger den Westmächten den Vorwurf, dass sie die 1866 und 1871 begonnene Tragödie - die Vereinigung der deutschen Fürstentümer und Königreiche unter Bismarck nennt der Leitartikler des "Rheinischen Merkur" eine Tragödie! - fortgesetzt hätten, weil sie auf die Formel der Wiedervereinigung eingegangen seien.

Der klerikal eifernde Grossmeister der deutschen Spaltung kennt hier keine Hemmungen. Er hat seitdem seine Ideen auf allerlei Umwegen kolportiert. Er spricht die Gedanken aller jener aus, die in der Katastrophe von 1945 und in der Zerreissung unseres Vaterlandes einen geschichtlichen Glücksfall sehen, dazu bestimmt, die Spaltung unseres Landes für ewige Zeiten zu besiegeln. In den praktischen Konsequenzen lief dieser Plan der Staatszerstörung auf die Erdrosselung des deutschen Protestantismus als eine politisch-geistige Kraft hinaus. Es ist die Konzeption der "Abendländer".

Das Bestürzende daran jedoch ist: Die Delegierten einer Partei, deren Politik angeblich auch auf die Wiedervereinigung gerichtet ist, jubeln diesem Manne zu, erküren ihn zu ihrem ideologischen Propheten. Pflichtgemäss hat der Bundesvorstand der CDU erklären lassen, er teile die Auffassung des Herrn Wenger in keiner Weise und sie könne weder dem "Rheinischen Merkur" noch den christlichen Demokraten zur Last gelegt werden. Diesen verlegenen Demontis der Kanzlerpartei fehlt die innere Überzeugungskraft, denn Herr Wenger wird weiterhin gestattet bleiben, als Mitarbeiter des "Rheinischen Merkur" und als ein führender CDU-Journalist die Lage der deutschen Spaltung zu vertreten. Einflussreiche Kreise im Westen und die Spaltungsapostel im Osten brauchen keine Angst zu haben, einen ihrer wertvollsten Mitarbeiter zu verlieren ...

Halbfertige Speisen

R.H. Nicht alles, was man in den Volksdemokratien "planmäßig" einrichtet, läßt sich mit einer Handbewegung abtun. Gewiß führen so manche der "Dienste am Kunden", die jetzt in Polen oder der Tschechoslowakei auf vielen Gebieten anlaufen, ihren Namen nicht zu Recht und das Publikum macht drüber in Leserbriefen der Zeitungen seinen Ärger Luft. Zum Beispiel dann, wenn eine kommunale Reinigungsanstalt Monate braucht, um ein Kleid oder einen Anzug wieder tragfähig zu machen, oder wenn, wie dies in Prag der Fall ist, zu wenig Reparaturwerkstätten für Rundfunk- und Fernsehapparate vorhanden sind, die auf diese Weise zumeist wochenlang ausgeschaltet bleiben. Mancher dieser "Dienste am Kunden" ist aber doch interessant und originell, zumal dann, wenn er aus einer Notlage geboren wurde, die auch anderswo außerhalb des Ostblocks vorhanden ist. Dies gilt vor allem für die Aushilfen für berufstätige Frauen.

Es soll hier nicht von den Kindergärten und Kinderkrippen in den Betrieben die Rede sein, die einen politischen Beigeschmack haben; ihre Existenz ist ein Gegenargument gegen jede Hausfrau (auch mit kleinen Kindern), sich in den Produktionsprozess nicht "einschalten" zu wollen. Im übrigen machen die meisten Ehefrauen mit Kindern schon deshalb von dieser Einrichtung Gebrauch, weil das Einkommen ihrer Männer (falls es sich nicht um ausgesprochene Spezialisten handelt) kaum ausreicht, um eine mehrköpfige Familie zu ernähren und insbesondere zu kleiden. Man hat für die berufstätigen Frauen, aber auch für viele männliche und weibliche Junggesellen, vorerst in Prag noch eine andere Einrichtung geschaffen, die in der heutigen allzu hastigen und mit Berufserfordernissen fast ganz ausgefüllten Zeit überall einer Überlegung und Nachahmung wert ist. Es sind das die Verkaufsstellen für halbfertige Speisen.

Dabei handelt es sich nicht allein darum, daß einige besonders gängige und leicht gar zu machende Speisen - wie sie z.B. in der Bundesrepublik seit einiger Zeit in Form von fertigzubereiteten Kartoffelklößen in der Cellophanhülle angeboten werden - nun in einem besonderen Geschäft in Massen feilgeboten werden, sondern um Betriebe, die bis zu 68 verschiedene Speisen so weit zubereiten, fertigmachen und auch verkochen oder vorbraten, daß sie auf dem häuslichen Elektro- oder Gasherd spätestens in zehn Minuten tischfertig gemacht werden

können. Geboten werden Haupt- und Nachspeisen sowie verschiedene fertige Platten und Salate.

In einem der meistfrequentierten Prager Betriebe (mit eigenen Flächen und großen Verkaufsräumen), der 66 verschiedene Speisen zubereitet, werden 15 dieser Speisen aus Kalbfleisch, 5 aus Rindfleisch, 4 aus Schweinefleisch, 8 in Form von Hackbraten, 10 aus Geflügelfleisch und 12 aus Leber, Nieren und anderen Innereien hergestellt. Dazu kommen noch einige Fischgerichte, Gemüseplatten, Salate und die in Prag beliebtesten Mehlspeisen. Böhmisches Zwetschkenknödel müssen das ganze Jahr über fertiggestellt werden, denn für sie ist ständig Absatz vorhanden. Im Winter verwendet man zu ihrer Zubereitung gekühlte Pflaumen. Auch Kuchen werden bereits vorgefertigt und in besonderen Folien aus Staniol verpackt, in denen sie auch gebacken werden können. Die Zahl der Obst- und Süßspeisen muß ständig vermehrt werden.

Interessant ist die Kalkulation der Preise. Für jede Speise sind genaue Maße vorgeschrieben, nach denen die Kosten des Rohmaterials berechnet werden. Je nach der Arbeit, die eine Speise erfordert, wird pro Portion ein Zuschlag von 24 bis 36 Hellern eingehoben. Diese an sich oft sehr geringen Zuschläge lohnen sich deshalb, weil der Absatz fast aller Gerichte sehr groß ist und in den bereits vorhandenen Geschäften ein großer Andrang herrscht. Die Rentabilität ergibt sich aus dem durchaus nicht volksdemokratischen Grundsatz, daß ein größerer Umsatz auch einen größeren Gewinn einbringen muß. Die Prager Betriebe für halbfertige Speisen fahren so gut damit, daß ihre Zahl ständig vermehrt wird und daß sie jetzt auch in anderen großen Städten der Tschechoslowakei eingerichtet werden.

Noch eine praktische Einrichtung gibt es in den Verkaufsläden dieser Betriebe: es verkaufen nur Frauen. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß in steigender Zahl auch Männer zu den Kunden dieser Geschäfte gehören und daß sie sich bei diesem Einkauf am liebsten von Frauen beraten lassen. Ohne Zweifel hat man bei der Einrichtung dieser Betriebe aus der Not eine Tugend gemacht, aber es handelt sich um eine Tugend am richtigen Platz. Auch anderswo, sowohl im Osten als auch im Westen, gibt es berufstätige Frauen genug, die es begrüßen würden, wenn sie zuhause (nach der Berufsarbeit) mit dem Kochen schneller fertig werden könnten, ohne sich dabei stets mit den bekannten "Pfannengerichten" begnügen zu müssen. Darum ist das Prager Beispiel nachahmenswert.